

Frankfurt am Main, Dezember 1997

"Die Menschenrechte haben immer das Unglück gehabt, von politisch bedeutungslosen Individuen oder Vereinen repräsentiert zu werden, deren sentimentalhumanitäre Sprache sich oft nur um ein geringes von den Broschüren der Tierschutzvereine unterscheidet."

Hannah Arendt

Liebe Spenderin, lieber Spender,
liebe Freunde,

von der aufklärerischen Idee, die zur Zeit ihrer Deklaration in den Menschenrechten sich ausdrückte, ist es nur ein kleiner Schritt in ihrem Namen vermeintlich unzivilisierte Regionen den Fortschritt zu bringen, wobei Unterdrückung, Landnahme und Entrechtung in den Kolonien so zu schmerzhaften Geburtswehen der Moderne umgeschrieben wurden. Hohn etwa sprachen die Beschriftungen *Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit* an Bürgermeisterämtern den Unterworfenen in französischen Kolonien. Die Reaktion aber, sich angewidert vom Pathos der Feiertagsreden über Gleichheit und Freiheit abzuwenden, wo die Realität ihnen so offensichtlich widerspricht, führte nicht zu ihrer Verwirklichung. Statt dessen begann die Suche nach vermeintlich wahren Werten in Religion, Kultur oder nationaler Geschichte. Aus richtiger Opposition entstand das Falsche da, wo die vermeintliche Rückbesinnung auf das Eigene oder Andere zur Leugnung jenes universellen Anspruchs führte, dessen emanzipatorische Gehalte fast ausschließlich als gewaltsame Unterdrückung erfahren wurden.

Die Richtigkeit, die das Beharren auf Andersartigkeit beinhaltet, wenn sie sich gegen Gleichheit, die zur Floskel verkommen ist, wendet, verkehrt sich in noch brutalere Herrschaft, wenn sie den Universalitätsanspruch, der die Gleichheit als Utopie

versprach, leugnet. Die islamische Revolution im Iran beispielsweise setzte gegen die universellen Menschenrechte ihre partikularen, mit dem Hinweis, noch nie hätten, außer in ihren Entstehungsländern, Menschenrechte Einzelne wirklich ins Recht gesetzt. Sie seien vielmehr zu Unterdrückungsinstrumenten da verkommen, wo sie im Gefolge der Kolonisatoren zur Legitimation von Herrschaft dienten. Wenn die iranische Regierung die Allgemeingültigkeit der Menschenrechte leugnet, um eine adäquate Legitimation staatlicher Unterdrückung zu haben, und dabei beispielsweise von der spezifischen Eigenart der islamischen Frau spricht, dann nützt der Verweis auf die Menschenrechtskonventionen wenig, wenn er diese nur im Gegensatz zum *fremden* islamischen Regime begreift, den Zusammenhang aber, der zwischen der westlichen Moderne und der Erosion der Menschenrechte in Staaten wie dem Iran besteht, nicht sieht. Zur Blaupause der islamistischen Idee von der Partikularität der Menschenrechte wird die moralische Entrüstung vielmehr da, wo sie den Universalitätsanspruch selbst leugnet und die spezifischen kulturellen und religiösen Formen der Vergemeinschaftung absolut setzt. Dies geschieht z.B. wenn als Antwort auf die völkische Politik der türkischen Regierung, die - wie zuvor schon Armeniern - heute Kurden jede eigenständige Äußerung und die fundamentalsten Menschenrechte versagt, sich Unterstützerguppen auf die Suche nach der "kurdischen Identität" begeben. Denn nicht nur haben Menschenrechte "wirksame Geltung nur, soweit Staaten sie in ihre Verfassungen als Grundrechte aufnehmen, auf ihre Unantastbarkeit bestehen und sie durch Gerichte schützen lassen" (Karl Jaspers), sondern gerade die Tatsache, daß etwa Gleichheit ein Versprechen blieb, welches bis heute auf seine Einlösung wartet, gleichwohl es seit der Aufklärung unvermindert auf der Tagesordnung steht, scheint Auslöser zu sein, sich von ihr völlig abzuwenden.

So wie das Beharren auf Andersartigkeit die Essenz einer unterdrückten Gruppe sein kann, mittels derer sie sich zu einer Gegenwehr zusammenschließt, so kann sie auch Instrument der Unterdrückung und des Ausschlusses aus der Gesellschaft der „Gleichen“ werden. Mit dem Verlust aber des universellen Anspruchs der individuellen Freiheit, geht die Tendenz einher, daß sich die Kollektive auf beiden Seiten zu Zwangskollektive verhärten, innerhalb derer der Einzelne Gefangener ist. Die Essentialisierungen, die z.B. den Bildern anhängen, mit denen Frauen im Islam in den hiesigen Medien gezeichnet werden, sind kaum in der Lage, diese Frauen anders, denn als Teil ihrer scheinbaren kulturellen, religiösen oder ethnischen Bestimmung zu sehen. Der mutmaßlich kritische Blick noch scheitert zumeist an den festgeschriebenen Stereotypen und die Anteilnahme mit den betroffenen Frauen vermag vielfach nicht mehr, als sie erneut zu Opfern ihrer vermeindlichen Kultur zu stigmatisieren.

So unterschiedlich aber wie die sozialen, politisch-ökonomischen, rechtlichen und letztlich auch kulturellen Bedingungen dieser Frauen sind auch die verschiedenen Formen der Gegenwehr, die vor Ort entwickelt wurden und werden. Dieser Gegenwehr fühlt **wadi** sich in seiner Arbeit verpflichtet, wissend, daß eine teilweise Befreiung ohne gesellschaftliche nicht möglich ist, ohne sie aber bestehende

Verhältnisse sich nur weiter zuungunsten der Betroffenen verhärten würden. Projekte, die wir durchführen oder unterstützen tragen dem Wissen Rechnung, daß Menschen nicht Opfer ihrer *Kultur* sind, ohne sie aber nicht die Glaubwürdigkeit hätten, auch aus ihr Ausgestoßenen zu helfen.

israel

Zu welchen Folgen die Festschreibung von Menschen auf ihre scheinbare Kultur führt, zeigt sich in der Situation jener Araber, die als Staatsbürger in Israel leben und fast alle verbrieften Rechte besitzen, zugleich aber eine stigmatisierte und diskriminierte Minderheit innerhalb des Landes darstellen. Die kulturelle Andersartigkeit arabischer Israelis, die von der arabischen Gemeinde und progressiven Parteien vehement eingeklagt wird, um eine weitgehende Eigenständigkeit innerhalb einer hegemonialen Kultur zu erhalten, wird zur Unfreiheit dort, wo die partikularen Rechte der Kultur die Rechtsgleichheit überlagern. Die restriktive Ahndung sogenannter Ehrverletzungen durch konservative arabische Familien wird von den israelischen Behörden weitgehend geduldet, da es sich um innerarabische Angelegenheiten handele, auf die Einfluß zu nehmen die kulturelle Eigenständigkeit der arabischen Gemeinde ihnen verbiete. Für die betroffenen Frauen, die vielfach in Folge eines gewaltsamen Inzests von männlichen Familienangehörigen mit Strafen bis hin zum Mord bedroht werden, bedeutet die zugestandene kulturelle Autonomie vorrangig, von den allgemeingültigen Rechten ausgeschlossen zu sein. Die Gradwanderungen zwischen den Institutionen, macht einen effektiven Schutz der Betroffenen schwer.

arabische frauenhäuser

Die Mädchen leben in einer kleinen Welt. Der kahle, schmale Hof vor dem immer verriegelten Stahltor, das offenstehende Erdgeschoß eines nur halb fertiggestellten Anbaues, das sind ihre Plätze, um frische Luft zu atmen, das ist das, was sie hier draußen nennen. Der Wohnbereich - ein paar überbelegte, mit Pferdepostern dekorierte Mädchenzimmer, ein zentraler Gemeinschaftsraum, seine Nischen, eine Küche, die Zimmer der Verwaltung und ein Dienstraum der Pädagogen. Eine große nahöstliche Wohnung in einem jener schnell hochgezogenen Betonbauten, die nie ganz neu aussehen, nichts weiter. Dies ist die Zufluchtstätte für arabische Mädchen, die Opfer von Gewalt und Mißbrauch wurden, in der sie für Wochen und Monate leben werden. Nur das Stahltor des Hofes und die Geheimhaltung des Ortes schützt vor den Morddrohungen, vor Familienrache oder dem sicheren Absturz in Drogen und Prostitution. Alleinstehende Mädchen ohne Familienanbindung - aus welchen Gründen auch immer - verfallen draußen automatisch der Anrühigkeit.

Bei manchen der normalerweise zwischen 12 und 18jährigen Mädchen ist es sicher, daß Verwandte nach ihnen fahnden, um sie zu töten. Der Ehrenkodex setzt die

Familiengemeinschaft über das Recht des einzelnen Mitglieds und um ihm gerecht zu werden, muß nach landläufiger Vorstellung nicht nur der Vergewaltiger, sondern auch sein Opfer getötet werden. Mißbrauch durch Verwandte ist in den nach außen sexuell repressiven arabischen Gemeinschaften nicht weniger häufig als anderswo. Die unverletzliche Intimsphäre der Familie aber, die vehement von der Öffentlichkeit getrennt wird, gebietet in Fällen einer Verletzung - z.B. durch das Bekanntwerden eines Inzests - ein Handeln der dadurch betroffenen Familienmitglieder zur Wiederherstellung des Ansehens. Oft gilt den Familien die Flucht des Mädchens aus der Überwachung im Haus als eigentlich schlimmes Vergehen, da der Rest, der schließlich totgeschwiegen oder innerhalb der Familie verhandelt werden kann, an die Öffentlichkeit getragen wurde.

In den letzten Jahren wurden in Israels arabischer Gemeinde 52 Morde an Frauen aus *Ehrengründen* registriert. Die Dunkelziffer dürfte um ein vielfaches höher liegen. Das jüngste Opfer, das im Zentrum Zuflucht suchte, war gerade neun Jahre alt. Seit Bestehen der Einrichtung 1994 wurden mehr als 450 Mädchen und Frauen hier betreut.

Diese Wohn- und Betreuungsstelle in Nazareth ist die einzige Einrichtung für mißhandelte arabische Mädchen und Frauen in Israel und der arabischen Welt. In den benachbarten arabischen Ländern ist die eine Einrichtung dieser Art leider undenkbar.

Daß dieses Zentrum für arabische Frauen in Israel entstehen konnte, verdankt sich der besonderen Situation der Araber und Araberinnen mit israelischem Pass, die ca. 20% der Gesamtbevölkerung stellt. "Es war ein langer Prozeß", meint Aida Souliman Touma, die Leiterin von *Women Against Violence* (WAV), der arabisch-israelischen Hilfsorganisation, die das Zentrum betreibt, "bis arabische Frauen begriffen und akzeptiert haben, daß nicht der Staat Israel in all seinen Ausformungen generell abzulehnen ist, sondern auch ihnen Vorteile bietet". Denn auch jene Palästinenser, die die israelische Staatsbürgerschaft besitzen, stehen in Konflikt mit einer hegemonialen nationalstaatlichen Gesellschaft, die traditionelle Verbindungen zu untergeben droht. Den Konflikt zwischen kultureller Autonomie und der Einbindung in den israelischen Staat versucht die WAV zur Durchsetzung der Interessen und Rechte arabischer Frauen zu nutzen. Lobbyarbeit im Parlament, Pressekontakte und die Möglichkeit, mittels gewählter Vertreter und legaler Institutionen des israelischen Staates die traditionellen arabischen Eliten und Autoritäten umgehen zu können, die sonst die öffentliche Meinung kontrollieren, wurden von einem Bündnis arabischer Frauenorganisationen genutzt um ihre spezifische Unterdrückung öffentlich zu thematisieren.

Eines der ersten Ergebnisse war das Zentrum für Mädchen, zu dessen, wenn auch völlig unzureichender Unterstützung, selbst das israelische Sozialministerium mehr oder weniger gezwungen wurde. Die WAV hat darüber hinaus einen Frauennotruf eingerichtet, bei dem auch anonym Fälle von Mißbrauch berichtet werden können. Die Lobbyarbeit im israelischen Parlament und bei den Behörden hat aber auch andere Erfolge gebracht: Israelische Polizisten und Polizistinnen wurden von pädagogischen Mitarbeiterinnen der WAV geschult im Umgang mit arabischen Mißbrauchsoffern. Allerdings stehen progressiven israelischen Einrichtungen, ob jüdisch oder arabisch, seit dem Antritt der aktuell amtierenden konservativen Regierung schwere Zeiten ins Haus. Ohne finanzielle und internationale Unterstützung ist auch der Bestand des Zentrums in Nazareth ungesichert.

Reibungslos läuft der Kontakt der WAV zur Regierung natürlich nicht ab. Den religiös orientierten Schariagerichten der arabischen Gemeinde, die zum Teil auch für die zivile Rechtsprechung zuständig sind, läßt der israelische Staat weitgehende Autonomie. Gerne wird sich in diesem Falle auf die „spezifisch arabische Identität“ berufen, in deren kulturelle Autonomie einzugreifen sich verbiete.

Die Arbeit der arabischen Frauenorganisationen, die vor dem Hintergrund der „Andersartigkeit“ der arabischen Gemeinde Gleichheit einfordert, die nur über spezifische, arabische Projekte initiiert werden kann, fordert eine dauerhafte Unterstützung. Im vergangenen Jahr wurde ein Bericht von neun arabisch-israelischen Organisationen über die „Lage der palästinensischen Frauen mit israelischem Paß“ bei den Vereinten Nationen eingereicht. Diese Erwiderung auf den offiziellen israelischen Bericht für die UN-Kommission zur Abschaffung der Diskriminierung der Frauen sorgte dafür, daß dieser zurückgenommen wurde. Der Erfolg der unermüdlichen Lobby-Arbeit der Frauenverbände aber kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Einrichtungen, die zur Zeit in Israel bestehen, bei weitem nicht den Bedarf an konkreter Hilfe und langfristiger Förderung der Interessen arabischer Frauen decken.

Ein **Ausbau der Zufluchtstätte** ist dringend erforderlich, sowie auch die Arbeit der Schlichtungsstellen, die in innerfamiliäre Konflikte eingreifen dringend Hilfe benötigt. **Trainingskurse** unter pädagogischer und psychologischer Betreuung, Berufsausbildungen und Werkstätten sind der Teil der Arbeit, die von hier unterstützt werden soll.

wadi kooperiert mit den „Women Against Violence“. Mit Ihrer Hilfe könnten **weitere Räume beschafft** werden. Mit Ihrer Hilfe kann der Kampf der arabischen Frauen für eine **Gleichstellung** als „Andere“ innerhalb der israelische Gesellschaft, wie der arabischen Gemeinde unterstützt werden.

irak/ kurdistan

Bisher wurde noch nicht eine einzige Inspektion der Gefängnisse von der irakischen Regierung zugelassen, obwohl die gleiche UN-Resolution, aufgrund der Kampfstofflager inspiziert werden, auch die Einhaltung allgemeiner Menschenrechte, sowie den Zugang internationaler Beobachter zu allen Bevölkerungsgruppen fordert. Während die ehemalige Anti-Irak-Koalition auseinanderfällt und einige der beteiligten Staaten offen eine Rehabilitierung des Hussein-Regimes fordern, belegen die Bilder aus dem Irak eindringlich, daß die Verelendung der Bevölkerung in Folge des Embargos das Regime nicht geschwächt, sondern seine Strukturen nur verhärtet hat. Den verarmten Massen bleibt keinerlei Alternative zu den Zwangskollektiven des korporatistischen Regimes, das von jedem Bürger die totale Verfügbarkeit fordert. Der perfekte Ausdruck dieses Zustandes ist die Bildung einer "freiwilligen Frauenbrigade", die zu Selbstmordkommandos ausgebildet wird. Dem System inhärent ist das "Versprechen" der Regierung als gesellschaftliches Ganzes gleichfalls jederzeit bereit zu sein, sich erneut in einen hoffnungslosen Krieg zu stürzen.

Im befreiten kurdischen Nordirak hat der unhaltbare Status Quo des Embargo-Regimes in den vergangenen Jahren vor allem verhindert, daß der territorialen Befreiung vom Regime Husseins auch eine Befreiung von diktatorischer Herrschaft und Unterdrückung folgen konnte. Die Teilung der Region, die seit 1994 im Süden von der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) und im Norden durch die Demokratische Partei Kurdistan (KDP) kontrolliert wird, hat sich seitdem verhärtet. Anstelle einer irakisch-kurdischen Lösung trat der Konflikt regionaler Parteien, die sich untereinander in einem ständigen Kriegszustand befinden. Nach dem Einmarsch der türkischen Armee brachen im Oktober erneut heftige Kämpfe aus, in die nahezu alle Parteien und Milizverbände verwickelt sind. Die türkische Armee, die die Kämpfer der KDP unterstützt, ist derweil bis ins Zentrum der Region vorgerückt, Brandbomben und Boden-Raketen wurden eingesetzt. Damit hat das innerkurdische Zerwürfnis einen neuen Tiefpunkt erreicht. Eine Folge nicht nur des Embargo-Regimes, sondern auch der irakischen Geschichte und des Widerstandes gegen die Zentralregierung.

Während der Iran ein vermeintlich religiöses Modell der Gesellschaft ins Leben gerufen hat, dessen Vollendung in Afghanistan bestaunt werden kann, galt im Irak die Modernisierung traditioneller Abhängigkeitsverhältnisse als Königsweg. Eine weitgehende rechtliche Gleichstellung von Frauen, oftmals per staatlichen Dekrets durchgesetzt, breiter Zugang zu Bildungseinrichtungen und die Nationalisierung der Wirtschaft entgegen der lokalen Ökonomien, galten als spezifische Formen einer arabischen Politik, die gleichzeitig eine Unabhängigkeit von den ehemaligen Kolonisatoren anstrebte. So sehr dies beispielsweise Frauen oft individuelle Vorzüge im Vergleich zu jenen in anderen nah-östlichen Ländern brachte, vom diktatorischen Zwangskollektiv befreite es sie nicht. Vielmehr wurde die Entrechtung der Menschen durch ihre lokalen Kollektive, den Stämmen und Familienverbänden, eingetauscht gegen die Repressionen eines korporatistischen Regimes, das die Gesellschaft in Berufs- und Parteiverbänden zu organisieren und zu kontrollieren suchte. Widerstand regte sich im Irak immer dort, wo die Modernisierung des Landes zwar die überkommenen Formen der Vergemeinschaftung gewaltsam aufzulösen suchte, aber eine Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage nicht mit sich brachte. So wurde der Widerstand gegen das Regime oft als Widerstand gegen seine fortschrittlichen Ausformungen mißverstanden, so daß jetzt in den befreiten kurdischen Gebieten eine Welle der Rücknahme von, als Privilegien der Baath-Zeit empfundenen, "Rechten" stattfindet. Während eine politische Lösung sich nicht abzeichnet, hat die faktische Aufteilung des Landes zu einer Renaissance jener Verbände geführt, die lediglich partikulare Interessen vertreten und sich auf ihre Lokalität und die gemeinsame Abstammung berufen. Die Ideologie und Praxis der Herrschaft von Stammesstrukturen und regionalen Parteien kennt derweil keine Frauenrechte, so wie sie jeden anderen Interessenkonflikt unterdrücken müssen, der sich dem Primat der Lokalität entzieht. Zwangsehen, außergerichtliche Bestrafungen von Frauen bis hin zum Mord und ihre erzwungene Unmündigkeit sind der reale Ausdruck jener Kollektive, die sich ständig gegen die Bedürfnisse und Rechte Einzelner durchsetzen müssen.

Gerade in einer Zeit, in der ein gesellschaftlicher Rollback festzustellen ist, stellen **Bildungsprojekte** eine Chance dar, Frauen weiter in ihren **Gleichheitsbestrebungen** zu unterstützen. Seit vier Jahren laufen **unsere Alphabetisierungsschulen**, in denen inzwischen über 1000 Frauen den ersten oder zweiten Kurs abgeschlossen haben. Trotz der widrigen Umstände konnte die **Kampagne kontinuierlich weiterarbeiten**. Daran hat sich

wieder einmal gezeigt, daß auch in Krisenzeiten das Verlangen nach Bildung ungebrochen ist. Inmitten des herrschenden Bürgerkriegs hat sich in den Frauenschulen ein Ort erhalten, in dem das herrschende Chaos außen vor bleibt und sich Frauen jenseits von Parteienkonflikten und Stammeszugehörigkeiten treffen und gemeinsam lernen. Die Anfragen von Frauen, die auch in ihrem Dorf eine Schule eröffnen wollen, reißen nicht ab, doch leider können wir nicht immer so schnell reagieren, wie wir es gerade jetzt gerne tun würden.

Ein neues Projekt, das hoffentlich im Frühjahr 1998 eröffnet werden kann, sieht ein **"Frauenhaus" für sozial vernachlässigte Frauen und Mädchen** vor. Hier soll Frauen und Mädchen, die durch die belastende gesellschaftliche Situation, familiäre Schwierigkeiten oder die Schrecken der Flucht psychische und soziale Unterstützung brauchen, ambulant oder stationär geholfen werden. Der Projektvorschlag wurde von einem Komitee, in dem verschiedene Frauenorganisationen Suleymanias vertreten sind, eingereicht.

Das Engagement unserer Mitarbeiter sicherte vor Ort weiterhin die **Förderung der Projekte für Flüchtlingskinder**. Ein weiterer Kindergarten ist, neben den Kindergärten, die in Bazian, Kalawa und Bainjan schon seit insgesamt drei Jahren arbeiten, in Planung. Er wird hoffentlich wieder in Kooperation mit der englischen Hilfsorganisation "Save the Children" eingerichtet. Das World Food Programm der UN hat erneut die partielle Versorgung der Kindergärten mit Nahrungsmitteln für die nächsten Monate zugesagt, doch muß ein Teil von uns übernommen werden.

Durch die Konfliktsituation ist die Chance einer Bewilligung von öffentlichen Geldern für Irakisch-Kurdistan stark beeinträchtigt worden, obwohl eine **Weiterarbeit möglich und gerade jetzt besonders nötig ist**. Projekte, die nach den Ereignissen im letzten Jahr eingestellt werden mußten, wie die Hilfe für arabische Flüchtlinge, Deserteure und anderer Gruppen, könnten, gäbe es weiterhin die entsprechende finanzielle Unterstützung, jederzeit wiederaufgenommen werden. Deshalb bitten wir Sie ganz besonders die laufenden Projekte solidarisch zu unterstützen, damit nicht auch diese "Sachzwängen" zum Opfer fallen. Nur dann ist es uns auch weiterhin möglich, Projekte zu fördern, die effektiv nicht nur elementarste Grundbedürfnisse der Betroffenen befriedigen, sondern auch in dunklen Zeiten ihnen helfen, für ein Leben in Würde einzutreten.

jordanien

Der begonnene Demokratisierungsprozeß in Jordanien hat auch zu einer Stärkung der Selbstorganisation von Frauen geführt. Ihre Chancen bestehen zur Zeit darin, in einer ausgesprochen traditionellen Gesellschaft erstmals Fragen über die Lebensverhältnisse von Frauen aufzuwerfen. Besonders werden die katastrophalen Ungleichverhältnisse, die vor allem im armen Süden des Landes zwischen Männern und Frauen herrschen, thematisiert. Sie waren auch liberalen Organisationen in Amman nicht in diesem Umfang bekannt. Auf einer Konferenz über Frauenrechte und Demokratisierung in Amman, an der auch **wadi** teilnahm, wurden die Probleme jordanischer Frauen öffentlich gemacht. Ein ausführlicher Forderungskatalog wurde der jordanischen Regierung übergeben.

Besonders im Süden des Landes herrscht weiterhin Armut. Bildung ist nicht für jedermann zugänglich, viele Kinder können höchstens die Grundschule besuchen. Vor allem unter Frauen ist die Analphabetenquote extrem hoch. Beschneidungen von Frauen, die in Jordanien als überwunden galten, sind nach neuen Untersuchungen dort in manchen Gebieten nach wie vor üblich.

Die *Community Centers*, die wir seit 1992 unterstützen, versuchen nun, ihr bewährtes Konzept, Bildungs- und Begegnungszentren für Frauen in vernachlässigten Gebieten einzurichten, weiterzuentwickeln. Die eigenständige Arbeit und Bildung für Frauen, sollen stufenweise den sozialen und ökonomischen Status der Frauen erhöhen und vermittels dessen die Rechte der Frauen stärken. Das **Zentrum in Zmella**, von dem wir im letzten Rundbrief berichteten, läuft erfolgreich weiter, wie auch die **Frauenbibliotheken**. Die Bildungsprogramme werden von den Frauen in vollem Umfang wahrgenommen, aber auch landwirtschaftliche Ausbildungskurse finden reges Interesse. Gemeinsam mit den Community Centers planen wir die Eröffnung **weiterer Einrichtungen für Beduinenfrauen** im Süden des Landes. Alphabetisierung, Gesundheitsaufklärung und Ausbildung stellen einen wichtigen Schritt für die Betroffenen dar, sich aus den unmittelbar herrschenden Abhängigkeitsverhältnissen zu emanzipieren.

Mit verschiedenen Frauen- und Menschenrechtsorganisationen sind **Projekte für Gefangene** geplant, zumal für Frauen, die aufgrund sogenannter Ehrvergehen inhaftiert oder verfolgt sind.

aktivitäten in deutschland

Während die Lebensverhältnisse im Irak und den kurdischen Gebieten sich fortlaufend verschlechtern, treten immer mehr Menschen die Flucht in ein vermeintlich sicheres Land an. Die Flucht ist für die meisten Familien kaum finanzierbar und immer lebensgefährlich. Mehr als 800 irakische Flüchtlinge sind alleine in den vergangenen Jahren im Mittelmeer auf der Flucht ertrunken. Wer Glück hat, und Europa erreicht, wurde in Deutschland etwa bisher, wenn auch unwillig, anerkannt. Zu offensichtlich war den deutschen Behörden die Tatsache, daß der Irak eine der brutalsten Diktaturen weltweit ist, dessen Menschenrechtsverletzungen oft die Grenze des Unbeschreibbaren überschreiten. Auch Kurden aus dem Nordirak wurden, wenn nicht anerkannt, so doch geduldet. In die völlige Unsicherheit und den ständig andauernden Parteienkrieg wurden bisher keine abgelehnten Asylbewerber abgeschoben. Ein Zustand, der nach dem Willen des Bundesministers des Inneren und des Bundesamtes für Asylangelegenheiten möglichst rasch geändert werden soll. Irakischen Kurden wird daher verstärkt nicht mehr das sog. "kleine Asyl", sondern nurmehr eine kurzfristige Aufenthaltsgenehmigung aufgrund "vorübergehender Abschiebehindernisse" erteilt. Um diese "Abschiebehindernisse" für eine umfassende Kontingentabschiebung zu beseitigen, fanden nicht nur Gespräche mit der Türkei als Transitland, sondern auch mit dem kurdischen Milizführer Barzani statt. Ein Skandal zum einen, weil der Ansprechpartner ein in keinster Weise demokratisch legitimierter Partei-Chef ist, der seine Bedeutung aus der schlichten Tatsache zieht, die abschieberelevante

Grenze zu kontrollieren, zum anderen aber, weil das Bundesamt für Asylangelegenheiten unseren Informationen zufolge an den Gesprächen beteiligt war, ohne selbst wiederum jegliche Art der Legitimation dafür zu besitzen. wadi arbeitet dafür daß **keine Flüchtlinge** in den Irak oder Irakisch-Kurdistan **abgeschoben werden**. Informationen zur Situation irakischer Flüchtlinge und geplanten Aktionen senden wir Ihnen jederzeit gerne zu. Über die Unterstützung irakischer und kurdischer Flüchtlinge hinaus veröffentlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen kontinuierlich Zeitungsartikel und Berichte über den Nahen-Osten, die wir Ihnen ebenfalls gerne zukommen lassen.

Anzuzeigen ist ein kleines Jubiläum: WADI wird fünf Jahre alt. Dies war nur möglich, weil Sie uns diese Zeit über solidarisch und interessiert begleitet haben mit Spenden, Anregungen und Nachfragen. So gibt es für uns Grund zu feiern, denn bei der Gründung unseres Vereins 1992 war keinesfalls klar, wie und ob wir uns weiterentwickeln würden. Jetzt stehen unsere Projekte auf einer einigermaßen soliden Grundlage; von den vielfältigen Aktivitäten unserer Mitarbeiter haben wir ja zur Genüge in unseren Rundbriefen gesprochen.

Sie bitten wir ganz herzlich, uns auch weiterhin zu begleiten und mit Ihrer Spende unsere Arbeit zu ermöglichen. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein guten Rutsch in das Jahr 1998.

WADI e.V.

**Gutleutstraße 144, D-60327 Frankfurt a.M, Tel: 069-236510, Fax:
231472**

**Spendenkonto: 612305-602 Bankleitzahl: 500 100 60 Postbank
Frankfurt**

Bitte geben Sie bei Überweisungen immer ihren Namen und vollständige Adresse an, andernfalls kann keine Spendenquittung zugesandt werden. Diese werden in der Regel am Ende des Jahres verschickt. Wenn Sie für ein bestimmtes Projekt spenden möchten, geben Sie das bitte auf der Überweisung an. Weitere Informationen und den Jahresfinanzbericht 1996 schicken wir Ihnen auf Anfrage gerne zu.